

Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Wangen

Datum	5. März 2018
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:10 Uhr
Ort	Turn- und Versammlungshalle Wangen, Hedelfinger Str. 9, 70327 Stuttgart

Vorsitz	Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung	Renate Markgraf

I. Begrüßung durch die Bezirksvorsteherin Beate Dietrich

Frau Bezirksvorsteherin Dietrich begrüßt die zahlreich erschienen Einwohnerinnen und Einwohner sehr herzlich zu der Einwohnerversammlung in Wangen. Herzlich Willkommen heiße sie Herrn Oberbürgermeister Kuhn, Frau Bürgermeisterin Fezer, Herrn Erster Bürgermeister Föll und die Herren Bürgermeister Pätzold, Dr. Schairer, Thürnau und Wölfle. Herr Bürgermeister Dr. Mayer habe sich entschuldigt. Sie stellt fest, dass noch nie gleichzeitig so viele Vertreter der Bürgermeisterriege in Wangen waren.

Aus dem Bundestag waren die Abgeordnete Frau Maag von der CDU und Frau Vogt von der SPD angemeldet, sie beide haben sich wegen der bekannten Termine in Berlin entschuldigt. Aus dem Landtag begrüßt sie Frau Abgeordnete Lösch und dankt ihr für das Interesse an Wangen.

Aus der Mitte des Gemeinderates begrüßt sie die Stadträtinnen und Stadträte Frau Bulle-Schmid (CDU), Herrn Currie (CDU), Herrn Winter (Bündnis90/Grüne), Herrn Lutz (SPD), Frau Bodenhöfer-Frey (Freie Wähler) und Frau Yüksel (FDP). Herr Lazaridis (Bündnis 90/Grüne) kam später.

Ein herzliches Willkommen gelte auch allen Vertreterinnen und Vertretern der Wangener Vereine, Kirchen, Organisationen und Einrichtungen, den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Bezirksbeirates mit und ohne Stimmrecht. Sie be-

dankt sich für das Engagement sowie die Hilfe und Unterstützung an ganz vielen Stellen im Stadtbezirk, für das gute Miteinander und für viele gute Ideen, die den Stadtbezirk so bunt machen. Aus den benachbarten Stadtbezirken begrüßt sie Herrn Kollege Freier aus Hedelfingen.

Ein ebenso herzliches Willkommen gelte den Vertretern der Presse, die die Arbeit auch in der Zeit zwischen den Einwohnerversammlungen kritisch und dennoch wohlwollend begleiten und darüber berichten.

Sie dankt allen Kolleginnen und Kollegen vom Haupt- und Personalamt und den Fachämtern, für die Vorbereitung und die Organisation der heutigen Einwohnerversammlung, die im Vorfeld an den vielen Themen arbeiteten und alles Wissenswerte über den Stadtbezirk zusammentrugen; den Kollegen der Technik für den guten Ton, der Klasse 10 fürs Aufstuhlen und dem Hausmeister für seine Unterstützung sowie den Kolleginnen und Kollegen vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung für die Ausstellung. Für gute Zusammenarbeit und großartige Unterstützung danke sie allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Wangener Bezirksratshaus und in den Wangener Dienststellen der Fachämter.

Sie freue sich, dass das Online-Portal gut genutzt wurde und sagt zu, dass die Diskussionen aus dem Portal fortgesetzt werden. Auch die Fragen und Ergebnisse werden in einem Informations- und Ausspracheabend nochmals zur Diskussion gegeben. Einen Termin vor den Sommerferien werde über die bekannten Medien angekündigt.

Bei der Einladung sei leider ein Fehler unterlaufen. Bei den stellvertretenden Bezirksbeiratsmitgliedern müsse es heißen, dass Herr Stock von Bündnis 90/Grüne, Herr Unold von der CDU und Frau Weber von SÖS-Linke-Plus sei. Sie bittet den Fehler zu entschuldigen.

Sie freue sich auf die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Kuhn, die daran anschließende lebendige und sachliche Diskussion mit den Anwesenden und übergibt das Mikrofon.

II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt die Bezirksvorsteherin und alle Wangenerinnen und Wangener und beginnt mit einem Rückblick auf die Entwicklung von Wangen. In einer päpstlichen Urkunde wurden am 08.03.1229 Wangen und Stuttgart das erste Mal erwähnt. Im Jahr 1130 kam Wangen dann zum Hause Württemberg und 1250 erfolgte der Bau der Michaeliskirche. Der Ort wurde damals etwas erhöht gebaut, da die jährlichen Überschwemmungen nicht ungefährlich waren. Im Jahre 1905 folgte die Eingemeindung mit der berühmten Klausel im Eingemeindungsvertrag. Ende 1920 erfolgte die Schiffbarmachung des Neckars. Durch verschiedene Baumaßnahmen wurde die Hochwassergefahr gebannt. Nach dem damals zuständigen Baumeister Otto Hirsch sei die Otto-Hirsch-Medaille benannt, die einmal jährlich an Menschen, die sich der Aussöhnung zwischen dem Christen- und Judentum verdient gemacht haben, verliehen werde. Im Jahr 1957 sei der Großmarkt und 1958 der Neckarhafen gekommen. Dies stelle doch eine spannende Geschichte der Industrialisierung dar.

Im Eingemeindungsvertrag von Wangen finde sich eine Klausel, die so bei den anderen nicht vorkomme. Es sei die Klausel „Die Stadt halte eine Kelter vor, solange es in Wangen Wengerter und Weinbau gibt.“ Auf diese Klausel könne man sich bei der Renovierung der Kelter berufen. Wangen habe im Kern Schmuckstücke wie die umgebaute Kelter, das Lamm als Bürgerhaus und auch die Wohnbebauung auf dem ehemaligen Herma-Gelände.

Seit 2010 sei die Bevölkerung von Wangen um 1.000 Einwohner gewachsen. Das Durchschnittsalter liege bei 40,9 Jahren und damit seien die Menschen in Wangen jünger als in Stuttgart. Damit habe die Wohnbebauung zu tun und es gebe viele Familien hier. In Wangen leben 55,8 % mit Migrationshintergrund aus insgesamt 99 Ländern.

Frau Dietrich arbeite jetzt seit 2007 als Bezirksvorsteherin in Wangen. Er bedanke sich für die gute Arbeit. Sie stehe in der Mitte ihres Stadtbezirkes.

Wangen sei ein Stadtbezirk mit Traditionen wie den Maibaummarkt, 30 Jahre bestehender Weltladen und viele Vereine mit hervorragender Jugendarbeit, das Jugendhaus B10, den Krempoli, einen engagierten Flüchtlingskreis. Er bedanke sich für die Arbeit der Flüchtlingskreise. Dank ihnen seien die Flüchtlinge gut in Stuttgart angekommen und integriert. Als weltoffene Stadt habe man Flüchtlinge offenherzig aufzunehmen. Dies haben bereits seine Vorgänger so gemacht.

Auf dem Höhepunkt der Welle waren 8.500 Flüchtlinge unterzubringen, dabei haben 3.000 Ehrenamtliche geholfen. Die Stadt habe viele Systembauten zur Unterbringung erstellt, dadurch wurde die dezentrale Unterbringung im Rahmen des Stuttgarter Weges ermöglicht. Jetzt habe die wichtige Arbeit der Integration, des Spracherwerbes sowie die Integration in Arbeit zu folgen. Er gehe davon aus, dass Stuttgart dies auch bewältigen werde. Allerdings werde dafür viel Arbeit der Stadtverwaltung, der Ehrenamtlichen sowie der kirchlichen Gruppen, der Flüchtlingsvereine und der Bevölkerung benötigt.

Wangen habe eine gute Beteiligungskultur. Er nenne die Projekte TransZ, Quartier 2020 und Nachbarschaft leben in der Begegnungsstätte. Außerdem habe Wangen eine extrem gute Anbindung an den ÖPNV mit den drei Stadtbahnlinien und die S-Bahn in Untertürkheim sei auch noch gut zu erreichen. Es gebe die Arbeitsgemeinschaft Wangener Grünflächen mit 40 Ehrenamtlichen, die sich um die Beete kümmern. Er nenne auch die Kulturlandschaft Wangener Berge als Nacherholungsgebiet. Es sei ihm bekannt, dass das Projekt Staibhöhenweg noch auf Vollendung warte.

Es gebe aber auch negatives in Wangen, wie die Wildbauten auf der Wangener Höhe. Im Landschaftsschutzgebiet dürfe keine Bebauung erfolgen. Als Fußgänger sehe man eine rege Bautätigkeit von größeren Gebäude, die seiner Meinung nach, so nicht gehen. Um dagegen vorzugehen habe das Baurechtsamt noch nicht das entsprechende Personal, aber das Ordnungsamt erhalte neue Stellen, die auch im Bereich Abfallfragen unterwegs seien. Es werde Abhilfen geben. Diese Bautätigkeiten sollen gestoppt werden.

Die Vermüllung bereite vielen großen Sorgen. Der Gemeinderat haben deshalb 100 zusätzliche Stellen bei der AWS sowie ein Budget von 10 Mio. € jährlich zusätzlich

beschlossen. Nicht nur in der Stadtmitte werde gegen die Vermüllung vorgegangen, auch in den Stadtbezirken erfolge dies. Das private Engagement werde dadurch allerdings nicht ersetzt. Vor der Haustüre gelten weiterhin die entsprechenden Verordnungen. Personen, die sich daran nicht halten, sollen von der Stadt entsprechend daran erinnert werden. Stuttgart soll sauberer werden stehe als Ziel. Dies gelte nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Weinbergen.

Die Einkaufsstrukturen in den Stadtbezirken bereiten ihm große Sorgen. Es sei ihm bekannt, dass in Wangen ein Drogeriemarkt vermisst werde. Die Stadt könne allerdings nicht dafür sorgen, dass ein Drogeriemarkt nach Wangen komme, aber die Stadt werde gerne unterstützend helfen. Es sei wichtig, dass die bestehende Einkaufsstruktur von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt und gehalten werden. Das beste Bürgerengagement sei vor Ort einzukaufen. Sein Ziel sei, dass in den Stadtbezirken neue Einkaufsmöglichkeiten entstehen. Die Stadt versuche mit den vorhandenen Möglichkeiten die Einkaufsstruktur zu verbessern.

In allen Einwohnerversammlungen sei bisher der Verkehr das Hauptthema. Dies scheine in Wangen auch so. Entweder gebe es zu viel Verkehr oder zu wenig Parkplätze. Eine Lösung liege in der Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) sowie dessen Nutzung. Es gebe aktuell keine bessere Lösung und darauf weise er auf den Versammlungen regelmäßig hin. Er fordere zur Nutzung des ÖPNV auf, denn dies stelle auch eine Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen dar.

Aus Sicht der ganzen Stadt werde die Nutzung des Betriebshofes durch die AWS dringend benötigt. Als Hintergrund dazu nennt er die Veränderungen bei der AWS wie die Grüngutsammelbeschlüsse. Aber vor allem erfolge an der Türleinstrasse eine Wohnbebauung. Es werden 600 Wohnungen gebaut, davon 80 % im Rahmen der sozialgeförderten Wege. Es herrsche Wohnungsmangel im bezahlbarem Wohnraum, deshalb sei dies ein sehr wichtiger Schritt für Stuttgart. Dies sollte bei Ablehnung des Projektes beachtet werden. Wohnungsbau sei eine gesamtstädtische Aufgabe. In den Bezirksbeiratssitzungen mit Herrn Dr. Heß und danach mit Bürgermeister Thürnau seien zwei große Argumente vorgebracht. Als erstes wurde der Verkehr in der Gingener Straße angesprochen. Dazu seien inzwischen Planungen, wie die Mitarbeiterstellplätze innerhalb des Betriebshofes unterzubringen, erfolgt. Morgen erfolge im UTA eine Bearbeitung mit dem Ziel, eine entsprechende Lösung zu finden. Damit sollte es nicht zu dem befürchteten Verkehrsproblem kommen. Als zweites werde eine Einschränkung der Erweiterung der Wilhelmsschule befürchtet. Dazu führt Oberbürgermeister Kuhn aus, dass auf dem bisherigen Gelände eine Erweiterung möglich sei und keine Konkurrenz zwischen diesen Projekten bestehen werde.

Er appelliert an die Anwesenden, dass bei Problemen in der Gesamtstadt Lösungselemente auch in den Stadtbezirken untergebracht werden müssen. Als Beispiel führt er den Wunsch nach mehr Stadtbahnen an. Dies führe dann allerdings zu der Notwendigkeit eines Betriebshofes, der aktuell in Weilimdorf geplant sei. Es könne eine Diskussion über das Wie beim Bau erfolgen, aber wenn der ÖPNV ausgebaut werden soll, werde ein neuer Betriebshof notwendig. Eine vernünftige und starke Antwort auf Fahrverbote und Stau sei der Ausbau des ÖPNV. Zur Weiterentwicklung der Stadt sei eine Gesamtsolidarität der Stadt mit den Stadtbezirken sowie mit der Gesamtstadt notwendig.

Die Hauptradroute 2 sei ein großes Thema, nicht nur in Wangen sondern auch in Hedelfingen. Der systematische Ausbau der Radwege sei geplant. Der Anteil des Radverkehrs in Stuttgart liege bei 5 %, in modernen deutschen Städte liege dieser Anteil bei knapp 20 % und mehr. Die Verkehrsprobleme können nur dann gelöst werden, wenn der Radverkehr ausgebaut werde. Diesen Programmsatz unterschreiben alle Fraktionen mit. Im Haushalt seien dafür 3,6 Mio. € eingestellt. Gegen die Planungen der Hauptradroute 2 waren viele wegen des Wegfalls von Parkplätzen. Vom Gemeinderat kam der Auftrag, gleichwertige Alternativrouten zu prüfen, wie die Nähterstraße. Diese Prüfungen erfolgen gerade und im Sommer komme es dann zur Entscheidung. Allerdings werden bei der Route über die Nähterstraße auch Parkplätze wegfallen. Eine moderne Route solle einen geeigneten topografischen Verlauf haben und wegen Einkaufsmöglichkeiten durch den Kernort geführt werden. Es gehe nicht, dass die Autofahrer bis zu den Läden fahren können und die Radfahrer am Rand des Ortes vorbeigeführt werden. Dies mache keinen Sinn. Die Zielgruppe der Radfahrer sind die Alltagsradler. Auch wenn Parkplätze durch den Ausbau der Radrouten wegfallen werden, gebe es keine Alternative dazu. Durch die Elektrofahrräder sei auch in Stuttgart das Rad-fahren eher möglich. Der Gemeinderat habe als Ziel den Ausbau der Radwege.

Zum Abschluss stellt Herr Oberbürgermeister Kuhn fest, dass Wangen viele Stärke habe. Ihm sei es wichtig, die positiven Seiten zu betonen, da wir alle in Stuttgart in einer tollen Stadt leben. Die Probleme des Verkehrs sowie das zur Verfügung stellen von bezahlbarem Wohnraum werden angepackt. Er würde sich über eine frühere Fertigstellung von S21 freuen, da auch dieses Gelände benötigt werde.

Er bedanke sich die Aufmerksamkeit und sei auf die Diskussion gespannt.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: Internet Beteiligung, Sitzbänke am Rennweg</u></p> <p>Im Rahmen der Beteiligung über das Online-Beteiligungsportal hat sich ein Einwohner über den Zeitablauf zur Aufstellung einiger Sitzbänke entlang des Rennweges am Bienenkorbbrunnen erkundigt. Die Antwort von den Mitarbeitern des Referates T fiel sehr unbefriedigend aus. Ihm wurde mitgeteilt, dass der Bienenkorbbrunnen auf Privatgelände stehe und das benachbarte städtische Grundstück längerfristig verpachtet sei. Von den Sitzbänken werde weiterhin wegen befürchteten wilden Müllansammlungen abgesehen. Er bittet darum, den Antrag nochmals ernsthaft zu prüfen.</p>	<p>Bürgermeister Thürnau erläutert dazu, dass seine Mitarbeiter im Prinzip ordnungsgemäß gearbeitet, aber eventuell zu kurz geschaut haben. Er unterbreitet den Vorschlag in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorsteherin Dietrich nochmals den Antrag anzugehen. Durch Prüfung der Grundstücke könnte dann erreicht werden, dass eventuell Bänke aufgestellt werden. Es werden vielleicht nicht 8 Bänke, aber vielleicht 5 oder 6 Bänke.</p>		<p>Referat T + BV</p>
2	<p><u>Thema: AWS Gingener Straße</u></p> <p>Ein Einwohner teilt mit, dass Herr Dr. Heß bei der Vorstellung der Verlagerung des AWS in die Gingener Straße im Bezirksbereich gesagt habe, dass es ein Grundstück in der Quellenstraße gegeben hätte, allerdings habe sich die Stadt da hintenstellen müssen. Er möchte wissen, warum die Stadt nicht für entsprechende Grundstücke kämpfen können. Dieses</p>	<p>Bürgermeister Thürnau führt aus, dass die Stadt in großen Teilen nicht den Anspruch habe, den Verkauf von privaten Grundstücken zum Beispiel für den Bau eines Betriebshofes der AWS zu fordern. Er erläutert, dass die LKW geplant und im Verbund die Strecken fahren.</p>	X	

<p>Grundstück läge doch auch sehr viel näher an der Müllverbrennung und die Wege für die Müllautos wären nicht so umfangreich. Es fehlen ihm die Wege durch das abgeschnittene Wohngebiet. Als Fußgänger haben man an der viel befahrenen Straße zu gehen.</p> <p><u>Thema: SSB-Unfälle/Überwege</u></p> <p>Er bemängelt das Fehlen von legalen Überwegen über das Gleisbett der SSB. Aufgrund dessen komme es öfters zu Unfällen. Von der Haltestelle Wangener Marktplatz aus gebe es auf mehrere hunderte Metern keinen Überweg, obwohl die Schule sowie die Tankstelle am Autohof sehr frequentiert werden.</p> <p><u>Thema: Staibhöhenweg</u></p> <p>Nach seiner persönlichen Meinung stelle eine Weiterführung des Staibhöhenweges keine Bereicherung dar.</p> <p><u>Thema: Hauptradroute 2</u></p> <p>Die Nähterstraße werde bereits von den Alltagsradlern als Durchgangsrouten genutzt.</p>	<p>Nachdem in der Bezirksbeiratssitzung letzten Montag die Mitarbeiterparkplätze thematisiert wurden, führt Bürgermeister Thürnau aus, dass problemorientierte Lösungen überlegt und morgen im UTA diskutiert werden.</p>		
---	---	--	--

<p>3</p>	<p><u>Thema: Neubau Kindertagesstätte Jägerhalde</u></p> <p>Eine Einwohnerin hat gegen den Neubau eine Einwendung eingelegt, da sie die Park- sowie die Zufahrtssituation sehr kritisch sehe. Eine zugesagte Antwort habe sie bis heute darauf nicht erhalten. Die Zufahrt zur geplanten Kindertagesstätte erfolge über eine enge Straße, das Wenden sei bereits mit wenig Verkehr sehr mühsam. Wenn jetzt 55 Kindern von den Eltern gebracht werden, werde die Verkehrssituation zu einem Verkehrschaos, vor allem da keine Parkplätze gebaut werden. Die Grünfläche werde bisher von den Kindern gerne zum Spielen genutzt.</p> <p>Sie möchte eine Information dazu, ob alle Leerstände, auch industrielle, geprüft wurden. Weiterhin hätte sie gern eine Aussage dazu, wie das Verkehrschaos vermieden werden soll.</p> <p>Ein Einwohner merkt an, dass der ÖPNV gestärkt werden solle. Allerdings sei das Schieben eines Kinderwagens bis zu der geplanten Kindertagesstätte sehr beschwerlich. Im Bebauungsplan sei für das Grundstück nur die Nutzung für einen Kindergarten ausgewiesen. Dies wäre doch auch eine kleinere Einrichtung.</p>	<p>Eine Prüfung erfolge immer, so Bürgermeisterin Fezer. Es bestehe aktuell auch immer noch eine Unterdeckung bei den benötigten Plätzen. Die neu geplante Kindertagesstätte liege in einem Landschaftsschutzgebiet, aber im Bebauungsplan sei das Gebiet dafür bereits ausgewiesen. Der Vorteil für die Kinder liege in der Landschaft, der Nachteil bestehe unter anderem in der Anzahl der zugelassenen Parkplätze. Baurechtlich werden 2 Stellplätze gefordert. Die Nutzung könne dann für die Erzieherinnen erfolgen. Allerdings sei auch für die Mitarbeiterinnen eine Nutzung des ÖPNVs zuzumuten. Es werden insgesamt 3 Stellplätze für die Kindertagesstätte geschaffen.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn merkt dazu an, dass die Stadt zur Schaffung von Kita-Plätzen verpflichtet sei. Sollte für jedes Kind, dass mit dem Auto gebracht werden, ein Stellplatz gebaut werden, können keine Kita-Plätze mehr gebaut werden.</p>	<p>X</p> <p>X</p>	
----------	--	---	-------------------	--

<p>4</p>	<p><u>Thema: Aufzug Kornhasen</u></p> <p>Der Bau eines Aufzuges zum Generationenzentrum Kornhasen wurde vom Gemeinderat abgelehnt, obwohl dieser im Bürgerhaushalt ein großes Thema war. Als Ablehnungsgrund sei angegeben, dass nicht alle Erschließungswege unter 6 % Steigung wegen der örtlichen Gegebenheiten haben können. Die Gebäude seien barrierefrei zugänglich. Die Einwohnerin gibt zu bedenken, dass der Zugang von der Straße zum Gebäude ebenerdig sei, allerdings auch der Alternativweg dahin sehr steil und deshalb nicht für alle bewältigbar. Das BTHG sichere jedem die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu. Erfolgte bei der Ablehnung des Aufzuges eine Berücksichtigung der geänderten Rechtslage durch das BTHG?</p> <p>Sie zeigt auf, dass die Betreiber die Folgekosten von circa 13.000 € nicht tragen werden. Bei diesen Kosten handele es sich um Reparaturkosten sowie Kosten aus Vandalismus.</p> <p>Sie geht davon, dass die Wartung sowie Reparaturen überwiegend durch städtische Eigenbetriebe erfolge und möchte dazu noch wissen, wie hoch die Gefahren von Vandalismus eingeschätzt werden. Es handele sich doch um einen Aufzug in einem Wohngebiet und sie hätte gern eine realistische Einschätzung. Könne nicht durch technische Mittel die Benutzung durch Unbefugte vorgebeugt werden?</p> <p>Wie hoch seien die Folgekosten bei dem Aufzug am Rathaus veranschlagt? Dieser Aufzug sei doch eher in einem für Vandalismus anfälligen Gebiet.</p>	<p>Bürgermeister Wölfle führt dazu aus, dass bei der Suche und dem Bau des Generationenzentrums der Nachteil mit der Lage in Kauf genommen wurde, um im Stadtteil bauen zu können. Dies habe sich gelohnt, da die Einrichtung von Anfang voll belegt sei und angenommen werde. Der Weg sei steil. Bürgermeister Wölfle war mehrmals vor Ort und hat bereits selbst einen Rollstuhlfahrer die Straße hinaufgeschoben. Er weiß wie Kräfte intensiv dies sei. Aber bisher liege noch keine kluge Antwort außer dem Aufzug zur Überwindung vor. Allerdings sei der Aufzug teuer, reparaturanfällig und helfe nicht, wenn er nicht funktioniere. Der Aufzug stelle deshalb keine praktikable Lösung dar.</p> <p>Der Kornhasen als Einrichtung, so Bürgermeister Wölfle, werde akzeptiert und sei im Stadtteil angenommen. Darüber freue er sich.</p>	<p>X</p>	
----------	--	---	----------	--

	<p>Im Onlineprotal erfolge noch der Hinweis, dass entsprechende Impulse an die Infrastrukturprojekte gegeben werden, dass nach Barriere freieren Möglichkeiten gesucht werden soll. Dies reiche nicht aus. Sie sehe die Stadt in der Bringschuld. Sie erwarte nicht nur Impulse, sondern Vorschläge, wie die Menschen mit Einschränkungen zu dem gesetzlichen Recht der Teilhabe kommen sollen.</p>			
5	<p><u>Thema: Verkehr und AWS Betriebshof Gingener Str.</u></p> <p>Eine Einwohnerin ist Fahrradfahrerin und der Meinung, dass Wangen durch den Verkehr sehr belastet sei. Sie bekomme wegen der wachsenden Anzahl der LKWs durch die bereits beschlossene Erweiterung der AWS Bauschmerzen, da in direkter Umgebung die Schule sei. Die Grundschüler seien durch die größere Anzahl der Fahrten viel mehr gefährdet. Je nach Uhrzeiten werde sich der Verkehr mehren. Sie fragt nochmals an, ob dies wirklich der einzige machbare Standort sei. Wangen sei ja ein Industriestandort, weshalb die AWS eventuell leichter hier angesiedelt werde anstatt zum Beispiel in Degerloch.</p> <p>Jeder LKW mehr stelle mehr Gefährdung, mehr Verstopfung dar und verringere die Lebensqualität, auch im Hinblick auf die Feinstaubbelastung.</p> <p>Zum Eindämmen der Wild- und Gehweg-Parker regt</p>	<p>Der AWS-Standort, so Bürgermeister Thürnau, komme nicht neu nach Wangen. Bereits bisher teile sich das Tiefbauamt und der AWS den Betriebshof. Ursprünglich waren 47 Fahrzeuge von der AWS geplant, und heute seien es sogar nur 45 Fahrzeuge. Die Einsatzfahrten werden sich etwas erhöhen, allerdings fallen die Fahrten des Winterdienstes weg, dadurch werde auch nachts nicht mehr gefahren. Die Fahrzeuge verlassen gegen 6.30 Uhr den Betriebshof und kehren gegen 15.30 Uhr wieder zurück. Zwischendurch werden einige den Betriebshof ebenfalls anfahren. Diese 180 Fahrten erfolgen über das SVG-Gelände über die Brücken Richtung B10. Für die Überfahrt des SVG-Geländes sei ein dauerhaftes Überfahrtrecht eingerichtet. Zur Verringerung der</p>	X	

	<p>sie an, die Parkflächen an den Straßen wie zum Beispiel Biberacher- und Nähterstrasse einzuzeichnen und dies dann auch zu überwachen.</p>	<p>Feinstaubbelastung werden die LKWs auf Gas umgestellt. Auch im Bezirksberat Degerloch werde wegen des Standortes Feuerwache 5 heftig diskutiert.</p> <p>Die Stadt, so Erster Bürgermeister Föll, habe außerhalb der städtischen Grundstücken auch bei privaten Flächen geprüft, ob geeignete und verfügbare Flächen vorhanden und die Eigentümer verkaufswillig seien. Dies könne als Staat nicht erzwungen werden. Der Preis müsse dem angemessenen Wert entsprechen und dürfe kein Spekulationspreis sein. Diese Prüfung erfolgte sowohl für das Gelände des Betriebshofes wie auch der Kindertagesstätte Jägerhalde, intensiv für Wangen wie auch für andere Stadtbezirke.</p> <p>Auch Degerloch erhalte einen Standort im Gewerbegebiet. Es sei dort niemand begeistert. In Münster erfolge eine Erweiterung des Standortes, auch ohne Begeisterung von Münster. Der bestehende Betriebshof in Wangen werde nicht vergrößert, nur umstrukturiert. Das Tiefbauamt verlagert Teile des Betriebshofes nach Bad Cannstatt, auch dort sei niemand begeistert.</p>		
--	--	---	--	--

<p>6</p>	<p><u>Thema: AWS Betriebshof Gingener Straße</u></p> <p>Eine Einwohnerin ist Betroffene und möchte deshalb wissen, ob nicht nur die Verwaltung ohne die LKWs nach Wangen verlegt werden könne. Wangen sei bereits schwer belastet mit dem Autohof, den beiden Tankstellen und der Waschstraße.</p> <p>Zur Entlastung der Parkplatzsituation im Bereich Gingener Straße könnten anstatt der Erweiterung des Betriebshofes Parkplätze für die Allgemeinheit geschaffen werden. Bei Veranstaltungen bestehe ein großes Parkplatzproblem.</p> <p>Sie schlägt einen Kompromiss in Form der Verlegung der Verwaltung des AWS mit entsprechenden Stellplätze sowie ein paar Parkplätze für die Anwohner vor.</p>	<p>Die Verwaltung sei nach Angaben vom Ersten Bürgermeister Föll nicht ganz so groß, ansonsten würde sich das auf höhere Gebühren auswirken. Es werden dezentrale Bauhöfe für die AWS mit kurzen Wegen benötigt. Es gebe kein alternatives Grundstück für die AWS, welches diese Vorgaben erfülle. In mühseligen Verhandlungen mit der SVG wurde das Überfahrtsrecht auf Dauer für die AWS ausgehandelt und im Grundbuch eingetragen. Nur mit diesem Überfahrtsrecht kann der Betriebshof vertreten werden. Es werde in Stuttgart eine funktionierende Müllabfuhr benötigt. Für ein sauberes Stuttgart und ein sauberes Wangen sind Betriebshöfe, die funktionieren, eine Grundvoraussetzung. Die Parksituation werde nochmals geprüft. Die Stellplätze werden innerhalb des Geländes erfolgen.</p> <p>Er bittet um Verständnis, dass der Betriebshof hier in Wangen notwendig sei. Es könne kein Sankt-Florians-Prinzip angewandt und alles auf die Nachbarstadtteile verteilt werden.</p>	<p>X</p>	
<p>7</p>	<p><u>Thema: AWS Betriebshof Gingener Straße</u></p> <p>In der Bezirksbeiratssitzung am 19.02.2018 wurde</p>	<p>Bürgermeister Thürnau weist daraufhin, dass</p>	<p>X</p>	

	<p>von Herrn Dr. Heß die Frage des Bezirksbeirates, ob noch ein Einspruchsrecht bestehe, nicht beantwortet. Dies lasse Schlussfolgerungen zu. Auch die Damen und Herren von der Stadtplanung konnten keine abschließende Antwort geben. Wangen als Stadtbezirk werde öfters vor vollendeten Tatsachen gestellt.- Das Gebiet des Bauhofes, der Schule und des Autohofes sei ein größeres Gebiet, dass gut für die Stadtplanung aufwertbar sei. Der Autohof sei privat, aber werde im Stadtgebiet denn so ein großer Autohof benötigt und sei dies sinnvoll.</p> <p>Bei der zweiten Sitzung habe Herr Thürnau Pläne vorgestellt. Er habe dabei den Vorschlag unterbreitet, die geplanten 32 Parkplätze doch innerhalb des Geländes zu planen mit einer Zufahrt über das Autohofgeländes und dann die 32 Parkplätze in der Gingener Straße den Wangener als Bonbon zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Der Einwohner vermisst bei der Ausstellung für die Einwohnerversammlung Pläne zu der Hauptradroute 2 sowie für die Erweiterung des Betriebshofes für die AWS.</p>	<p>der Bezirksbeirat das Vorhaben zweimal einstimmig abgelehnt habe. Im UTA werde morgen nochmal darüber entschieden, ob die Planungen weitergeführt werden oder nicht. Das Problem der 32 Stellplätze könne gelöst werden in dem diese im Gelände geplant werden. Die Zu- und Abfahrten der Einsatzfahrzeuge waren schon immer über das Gelände der SVG geplant. Deshalb wurde das dauerhafte Überfahrtsrecht eingerichtet. Das Tor zur Gingener Straße werde nur als Notausfahrt wie zum Beispiel im Brandfall geplant. Die Diskussion um die 32 Stellplätze zur Privatnutzung erschließe sich Bürgermeister Thürnau unter dem Aspekt der Sicherheit des Schulweges zur Wilhelmsschule nicht. Die Gebäude müssen etwas zur Straße geplant werden, damit die Stellplätze auf dem Gelände möglich seien.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn prognostiziert, dass morgen im UTA ein Beschluss gefasst werde, dass die Planungen unter Berücksichtigung von Änderungen wie die Stellplätze weitergehen.</p>		
8	<p><u>Thema: Neubau Kita Jägerhalde</u></p> <p>Nach Angaben eines Einwohners werden die Parkplätze kein so großes Problem darstellen, da es gar kein Personal zum Einstellen gebe. Die Evangelische</p>	<p>Der Personalmangel, so Bürgermeisterin Fezer, sei bei den städtischen, freien sowie kirchlichen Trägern bekannt. Deshalb werde</p>	X	

<p>Kirchengemeinde unterhalte eine Kindertagesstätte. Er habe vor kurzem eine Bewerberin gehabt, die als Qualifikation einen Erste-Hilfe-Kurs sowie einen Waffenschein angab. Dies zur Auswahl. Er würde ja auch gerne ausbilden und zwar PIA-Kräfte, diese werden allerdings auf den Stellenschlüssel angerechnet. Deshalb müsse bei den Erzieherinnen eingespart werden. Statt einer 100 % Stelle stehe dann nur noch 75 % für eine ausgebildete Erzieherin zur Verfügung. Er möchte deshalb wissen, wie wichtig die Kinder seien? Und wie wichtig es sei, eine gute Ausbildung für Erzieherinnen zur Verfügung zu stellen? Er fordert, dass PIA-Kräfte in Ausbildung nicht auf den Stellenschlüssel anzurechnen seien.</p>	<p>versucht, die Attraktivität für den Beruf der Erzieher zu steigern. Die Bezahlung kann nur bedingt gesteigert werde, da Tarifverträge vorliegen an die die Träger sich zu halten haben. Durch Schaffung der praxisintegrierten Ausbildung -PIA- wurde ein Modell mit Bezahlung während der Ausbildung erstellt. Ansonsten erfolge die Ausbildung zur Erzieher/innen rein schulisch und ohne Entgelt. PIA-Kräfte erhalten theoretischen Unterricht in der Schule und praktische Erfahrungen in der Kita. Durch den Einsatz in der Kita erfolge auch eine Entlastung der Erzieher/innen. Diese werde dann auf den Stellenschlüssel zum Teil angerechnet, nämlich mit einem Viertel. Bei der Förderung, die die Träger erhalten, wird das Ausbildungsentgelt nur zu einem Viertel angerechnet. Die PIA-Kräfte leisten innerhalb der Ausbildung etwas, deshalb erfolgt die Anrechnung. Würde diese Anrechnung nicht erfolgen, hätten wir trotzdem nicht mehr voll ausgebildete Kräfte. Durch die PIA werde die Attraktivität gesteigert.</p>		
<p>Ein weiterer Einwohner merkt an, dass die kirchlichen Träger keine Sonderstellung, sondern eine Behandlung wie die städtischen Träger, wollen. Bei diesen werden die PIA-Kräfte nicht auf den Stellenschlüssel angerechnet. Er merkt an, dass in der Schule für die Betreuung von</p>	<p>Als zuständige Bürgermeisterin betont Bürgermeisterin Fezer, dass die PIA-Kräfte ebenfalls bei den städtischen Träger in dem beschriebenen Umfang angerechnet werden. Es erfolge bei allen die gleiche Anrechnung.</p>	X	

	<p>Referendaren die Lehrer, die diese begleiten, zusätzliche Stunden erhalten. Es werde davon ausgegangen, dass die Ausbildung mehr Aufwand bedeute und keine Entlastung wie bei den PIA-Kräften von Frau Fezer beschrieben. Er schlägt deshalb vor, die PIA-Kräfte wie bei den städtischen Einrichtungen nicht anzurechnen damit mehr Erzieher/innen ausgebildet werden können. Die kirchliche Träger können mit der Anrechnung von 25 % leider dies nicht stämmen, da es geldlich einfach nicht möglich sei.</p> <p>Er merkt noch an, dass er vom Jugendamt der Stadt Stuttgart die Antwort erhalten habe, dass bei der Stadt die PIA-Stellen nicht angerechnet werden. Dies sei ja dann eine falsche Aussage? Als nächstes möchte er noch wissen, ob eine PIA-Kraft wirklich wie eine ausgebildete Erzieherin eingesetzt könne. Dies habe er so den bisherigen Aussagen von Bürgermeisterin Fezer entnommen.</p>	<p>Dazu teilt Bürgermeisterin Fezer mit, dass grundsätzlich eine Anrechnung erfolge. Sie bittet den Einwohner den Brief vom Jugendamt ihr vorzulegen.</p> <p>Zur Vermeidung eines Missverständnisses stellt sie klar, dass sie nicht gesagt habe, dass eine PIA-Kraft dieselbe Arbeit wie eine ausgebildete Erzieherin leisten könne.</p>		Referat JB
9	<p><u>Thema: Verkehr/Zebrastrifen</u></p> <p>Eine Einwohnerin wünscht einen Zebrastrifen vor dem Rewe, da in diesem Gebiet sehr viel Verkehr herrsche und als Fußgänger das Überqueren der Straße sehr gefährlich sei.</p>	<p>Zur Einrichtung eines Zebrastrifens gebe es bestimmte Vorgaben, so Bürgermeister Dr. Schairer. Es müsse nach Einrichtung eines Zebrastrifens nicht nur das trügerische Gefühl der Sicherheit bestehen, sondern das tatsächliche. Die Einrichtung eines Zebrastrifens beim Rewe werde geprüft.</p>		Referat SOS

	<p><u>Thema: Naherholungsgebiet</u></p> <p>Sie regt an, Schilder mit Hinweise zum erlaubten Verhalten im Naherholungsgebiet Wangener Höhe zur Unterstützung des Sonntagsfahrverbotes aufzustellen.</p> <p><u>Thema: Integration</u></p> <p>Sie wohnt in der Ebersbacher Straße und stellt fest, dass die Konzentration von Ausländern unter 18 Jahren dort sehr hoch sei. Wie Oberbürgermeister Kuhn ausgeführt habe, liege der Anteil von unter 18jährigen Ausländern in Wangen bei 75 %. In der Ebersbacher Straße sei der Anteil höher als in der Jägerhalde. Sie fühle sich deshalb in der Ebersbacher Straße nicht wirklich zuhause. Sie ist der Meinung, dass Integration bei solch einem hohen Anteil nicht gelingen könne. Sie wünscht sich, dass die Konzentration entzerrt werde.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn teilt dazu noch mit, dass in diesem Gebiet eine Tempo 30 Regelung komme.</p> <p>Bürgermeister Dr. Schairer erläutert, dass in Zukunft mehr Vollzugskräfte zur Verfügung stehen werden. Dadurch können mehr Kontrollen erfolgen. Es sei bekannt, dass Wangen unter dem vielen Verkehr leide. Er bemängelt das Parkverhalten und den rücksichtslosen Umgang der Autofahrer miteinander. Nach Abschluss der Hauptradroute 2 könne über punktuelle bauliche Maßnahmen gegen das Gehwegparken nachgedacht werden.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn erläutert, dass bei den 55 % Wangener Einwohnern mit Migrationshintergrund auch diejenigen berücksichtigt werden, die bereits seit langen hier leben. Bei vielen werde man nicht mehr denken, dass es Ausländer seien. Auf diese Frage möchte er wissen, was er machen soll? Ob er die Menschen nach Deckerloch schicken soll? Aber dies werde ja nicht funktionieren. Nach seinen Angaben könne die Antwort nur sein, dass diese Men-</p>	<p>X</p> <p>X</p>	
--	--	---	--	--

	<p>Die Einwohnerin stellt nochmal klar, dass sie nur die Konzentration bemängele. Eine Integration könne dann erfolgen, wenn alle sich etwas verteilen, auch die Ausländer. In der Ebersbacher Str. sei die Konzentration fast bei 100 %. Da könne keine Integration mehr erfolgen.</p>	<p>schen integriert werden müssen, auch wenn sie sehr fremd vorkommen. Die Integration erfolge in Stuttgart oft besser als in anderen Städten in Deutschland. Aber ein Instrument zur Festlegung der Ausländerquoten in den einzelnen Stadtgebieten habe er nicht. Die Generation aus den 50/60 Jahren werden Dank der Integration nicht mehr als Ausländer gesehen.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn begrüßt die Klarstellung und kann nachvollziehen, wie die Einwohnerin dies meine.</p>		
10	<p><u>Thema: Staibhöhenweg</u></p> <p>Ein Einwohner regt an, dass das Thema Staibhöhenweg intensiv diskutiert werden solle. Bereits 1959 sei das erste Mal in einer Bürgerversammlung darüber gesprochen worden. Bezirksvorsteher Honold war der Bau des Weges ein Anliegen. Im Jahr 1987 wurde unter Hilfe von Bezirksvorsteher Klein die Hälfte des Weges gebaut. Es wäre jetzt an der Zeit auf den Punkt zu kommen und innerhalb einer Veranstaltung mit dem Bezirksbeirat und interessierten Einwohnern die Erweiterung zu diskutieren. Von der Verwaltung sollen dazu bitte entsprechenden Informationen zur Verfügung gestellt werden. Danach</p>	<p>Vor weiteren Planungen, so Bürgermeister Pätzold, seien erst weitere Untersuchungen zu veranlassen. Der Staibhöhenweg liege im Naturschutzgebiet, weshalb Untersuchungen wegen Eingriff in die Natur sowie Eingriff in den Artenschutz erstellt werden müssen. Der Ausbau stelle keine Einfachheit dar.</p> <p>Bezirksvorsteherin Dietrich erläutert, dass die Verwaltung bereits gearbeitet habe. Die Pläne waren bereits vor ihrer Zeit als Bezirksvorsteherin Umsetzungsreif, allerdings</p>	X	

<p>könne entschieden werden, ob eine Weiterführung gewünscht wäre oder das Thema erledigt sei.</p> <p><u>Thema: Bezirksbeirat</u></p> <p>In der Geschäftsordnung für die Bezirksbeiräte stehe in § 3 dass der Bezirksbeirat in wichtigen gemeindlichen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk betreffen, rechtzeitig zu hören sei und in § 9 dass die Sitzungen des Bezirksbeirates öffentlich seien. Er formuliert aus diesen beiden banalen und selbstverständliche Sätze, dass da die Sitzungen des Bezirksbeirates öffentlich seien, die Wangener Einwohner die Möglichkeit haben sich über alle wichtigen Veränderungen im Stadtbezirk zu informieren. Dadurch bestehe auch die Möglichkeit, dass Einwohner den Bezirksbeirat bei wichtigen Themen beraten. Dieses Verfahren sei in der letzten Zeit mehrmals missachtet worden. Als Beispiel führt er die Hauptradroute 2 und die Erweiterung des Bauhofes der AWS sowie in die Zukunft blickend die Erweiterung der Wilhelmschule an. Er erwartet als Bürger, dass der Bezirksbeirat in Zukunft rechtzeitig und umfassend informiert werde. Er weist noch daraufhin hin, dass es wichtig sei, dass der Gemeinderat Beschlüsse fassen, die von der Bevölkerung mitgetragen werden könnten. Falls es nicht besser werden würde, werden Überle-</p>	<p>scheiterte der Ausbau an den Grundstücken, die nicht zum Verkauf standen. In der Zwischenzeit bestehe eine Bereitschaft, die Grundstücke zu verkaufen. Sobald die Vorbereitungen abgeschlossen seien, werde ein Informationsabend wie vorgeschlagen, durchgeführt.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn stimmt zu, dass der Bezirksbeirat immer rechtzeitig bei Belangen aus dem Stadtbezirk zu hören sei. Beim Thema AWS hätte der Bezirksbeirat Wangen rechtzeitig informiert werden können. Es sei nicht immer einfach, den richtigen Zeitpunkt zu greifen. Die Bezirksbeiräte sind beratende Organe, die den Sinn und Aufgabe haben, dass der Gemeinderat und die Verwaltung erfahren, was im Stadtbezirk gedacht und gewünscht werde. Ein Beschluss im Bezirksbeirat kann auch eine aufschiebende Wirkung haben, wie zum Beispiel bei einer Ablehnung mit einer 2/3 Mehrheit. Aber am Ende entscheide der Gemeinderat. Bei Konflikten von gesamtstädtischen und Wangener Interessen müsse eine Diskussion erfolgen, aber der Gemeinderat müsse die Interessen ausgleichen. Der Ausbau des Betriebshofes der AWS in Wangen stehen 600 dringend benötigter Wohnungen gegenüber. Darüber habe keiner gesprochen.</p>	<p>X</p>	
---	--	----------	--

	<p>gungen angestellt, ob man sich nicht besser der Stadt Esslingen anschließen solle.</p> <p>Er stellt fest, dass die Bezirksbeiräte bei dieser Versammlung kein Sprachrecht haben, deshalb möchte er dessen Ärger nochmals deutlich machen. Es sei bekannt, dass der Bezirksbeirat ein beratendes Organ sei. Aber beratend heiße, dass zu einem Zeitpunkt beraten werde, zu dem noch etwas verändert werden könne. In der letzten Zeit habe der Bezirksbeirat Punkte bekommen, die mehr oder weniger bereits beschlossen waren.</p>	<p>Aber dies wäre in Esslingen auch nicht anders. Außerdem wäre der Eingliederungsvertrag mit der Renovierung der Kelter inzwischen erfüllt.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn hat den Kritikpunkt angenommen. Die erbetene Zurückhaltung für die Bezirksbeiräte beim Sprachrecht gehe auf bereits gemachte Erfahrungen zurück. Früher artete so manche Bürgerversammlung in eine Bezirksbeiratssitzung aus.</p> <p>Erster Bürgermeister Föll merkt noch an, dass die Finanzlage in Esslingen deutlich schlechter sei. Die Überlegungen zur Kita in der Jägerhalde wären nicht anzustellen, da Esslingen es sich nicht leisten könne, diese Plätze zu bebauen.</p> <p>Der Gemeinderat habe den Auftrag gegeben, so Bürgermeister Thürnau, eine konzeptionelle Suche zur Unterbringung der AWS zu unternehmen. Er brauche dies jetzt nicht nochmal alles zu schildern. Anschließend wurde ein Planungsauftrag erteilt. Der Planungsentwurf, mit dem gestartet wurde, sehe noch anders aus, wie die im Bezirksbeirat vorgestellte Pläne. Erst wenn vorstellbare Pläne vorliegen, könne eine Diskussion erfolgen.</p>		
--	--	--	--	--

<p>11</p>	<p><u>Thema: AWS Betriebshof Gingener Straße</u></p> <p>Ein Einwohner hat Bedenken wegen der Lärm- und Geruchsbelästigung durch den Betriebshof der AWS. Er fürchtet um die Gesundheit der Kinder aus der naheliegenden Wilhelmschule sowie der Anwohner. Er möchte wissen, warum die AWS für den Betriebshof nicht auf dem großen Gelände an der Pracht-/ Mercedesstraße bauen dürfe. Es werde hier viel Lärm und Dreck entstehen, auch wenn die LKWs mit Gas betrieben werden.</p>	<p>Natürlich gebe es wie zu jeder Planung ein Lärmschutzgutachten, so Bürgermeister Thürnau. Beim Betrachten der Pläne sei ersichtlich, dass durch Veränderung der Bauweise eine Baureihe Richtung Gingener Straße rücke. Das Tor zur Gingener Straße werde als festes Notfalltor geplant. Auf diesem Betriebshof werde kein Abfall gelagert, also weder Müll noch Biomüll. Die Fahrzeuge kommen leer auf diesen Standort.</p> <p>Nach Angaben von Bürgermeister Pätzold stehe die Fläche des neuen Wohnquartiers Neckarpark für die AWS nicht zur Verfügung. Dort entstehen bis zu 840 Wohneinheiten, Büros, Arbeitsplätze sowie Kindertagesstätten und Schulen. 80 % der Wohnungen werden aus dem geförderten Wohnbau sein und damit bezahlbar.</p>	<p>X</p>	
<p>12</p>	<p><u>Thema: Umwelt</u></p> <p>Eine Einwohnerin möchte wissen, ob es Messungen zu den Schadstoffemissionen aus dem Hafen gebe, vor allem zu dem Makadam-Werk, welches bei verschiedenen Wetterlagen besonders zu bemerken sei.</p>	<p>Bürgermeister Pätzold führt dazu aus, dass es Grenzwerte sowie Vorschriften gebe, die von den Firmen einzuhalten seien. Falls sie der Auffassung wäre, dass etwas nicht stimme, dürfe sie sich gern an das Amt für Umweltschutz wenden, dann werde nachge-</p>	<p>X</p>	

	<p>Weiter möchte die Einwohnerin von Bürgermeister Föll wissen, ob Wangen wirklich das Sankt-Florians-Prinzip vorzuwerfen sei. Wangen biete viele Einrichtungen für die Öffentlichkeit.</p>	<p>schauf. Es gebe auch die Gewerbeaufsicht sowie die untere Revisionsschutzbehörde, die dies überprüfen könnten. Bisher seien aber noch keine Auffälligkeiten bekannt. Eine Geruchsbelästigung müsse nicht mit einer Schadstoffbelästigung einhergehen.</p> <p>Erster Bürgermeister Föll mache nicht Wangen den Vorwurf des Sankt-Florians-Prinzips. Er habe nur erzählt, wie es sei, wenn man mit diesem Thema in die verschiedenen Bezirksbeiräte gehe. Aber es stelle auch keine Lösung dar, wenn es jeder Bezirksbeirat ablehne. Es bestehe bereits ein Betriebshof der AWS und des Tiefbauamtes in Wangen, dieser werde umstrukturiert und nicht neu angesiedelt. Er sei der Meinung, dass dies Wangen in der vorgestellten und weitergeplanten Weise zumutbar sei. Der Betriebshof in Wangen sei notwendig. Jetzt werden noch die Rahmenbedingung so definiert, damit der Betriebshof für Wangen auch akzeptabel werde.</p>	<p>X</p>	
<p>13</p>	<p><u>Thema: Wilhelmschule</u></p> <p>In den Unterlagen für heute Abend, so der Einwohner, werde mitgeteilt, dass die Wilhelmschule vierzünftig und zur Ganztageschule ausgebaut werde. Die Erweiterung werde auf der vorhandenen Liegenschaft geklärt. Er möchte wissen, was deshalb zusammen</p>	<p>Bürgermeisterin Fezer führt aus, dass die Vorüberlegungen ergeben haben, dass an diesem Standort eine vierzügige Grundschule unter Beibehaltung der für Kinder notwendigen Flächen realisierbar sei. Die vorhan-</p>	<p>X</p>	

	<p>gepfropft beziehungsweise verdichtet werde. Den Kindern werde der Platz für die Bewegung fehlen. Dies möchte er erläutert haben.</p> <p>Das Lamm sei kein offenes Bürgerhaus wie von Oberbürgermeister Kuhn in seiner Rede erwähnt. Das Lamm beinhaltet Proberäume, für die der Schlüssel extra geholt werden müsse. Wangen benötigt ein offenes Bürgerhaus.</p>	<p>denen Vorgaben können eingehalten werden. Nächste Woche erfolgen die nächsten Beratungen.</p>		
14	<p><u>Thema: SSB/Fahrradanhänger</u></p> <p>Als neue Bürgerin in Stuttgart seien ihr die vielen Hügel zum Fahrrad fahren aufgefallen. Dass die Mitnahme eines Fahrrades morgens um 7:30 Uhr in der U-Bahn nicht möglich sei, sei nachvollziehbar. Sie schlägt deshalb vor, Fahrradanhänger wie in anderen Städten einzusetzen.</p>	<p>Fahrräder können bereits außerhalb der Hauptverkehrszeit in den Bussen und U-Bahnen mitgenommen werden, so Bürgermeister Pätzold. In der Hauptverkehrszeit haben Personen sowie Personen mit Kinderwagen Vorrang. Die Zacke als Besonderheit bei den Stadtbahnen habe einen Fahrradvorsatzwagen. Die Mitnahme der Fahrräder in Bussen werden aktuell mit der SSB diskutiert, allerdings scheitere eine Umsetzung zurzeit am Personalrat</p>	X	
15	<p><u>Thema: parkender Verkehr</u></p> <p>Der Einwohner wohnt in Wangen und ist eigentlich auch ganz zufrieden. Allerdings bemängelt er den parkenden Verkehr. Tagsüber erfolgen ab und zu Kontrollen der abgestellten Fahrzeuge. Abends wer-</p>	<p>Bürgermeister Schairer erklärt dazu, dass seit neuestem auch in der Stadt abgeschleppt werde. Dank dem Gemeinderatsbeschluss könne jetzt auch mehr Personal ein-</p>	X	

	<p>den die Fahrzeuge dann kreuz und quer auch in den Kreuzungen abgestellt. Es erfolge zu dieser Uhrzeit keine Kontrollen mehr. Er schlägt deshalb vor, eine weitere Person für abendliche Kontrollen einzustellen.</p>	<p>gestellt werden. Nach Abschluss der Planungen zur Haupt- radroute 2 könne im Anschluss an verschie- denen Stellen über bauliche Veränderungen wie Poller oder sonstige Barrieren nachge- dacht werden. Diese rüde Parkerei in Wan- gen solle aufhören. Dazu könnten sich die Anwohner, die abends ihre Fahrzeuge so abstellen, selber an der Nase packen.</p>		
--	---	--	--	--

Oberbürgermeister Kuhn bedankt sich für die gute Diskussion, lädt zur morgigen UTA-Sitzung ein und beschließt anschließend die Einwohnerversammlung.

Stuttgart, 19.03.2018

Renate Markgraf
Schriftführerin